

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/VII/187

Bonn, den 13. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Die Einnahmeseite 1963

63

Wieder Rückgriff auf die Länderkassen?

Von Heinrich G. Ritzei, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

3 - 3a

Preisrat

54

Hoffentlich bleibt es nicht beim Wunsch

3a

Bonn und Washington

22

Nur alte Kamellen ?

4

Der "Goldene Plan" wird Wirklichkeit

45

Erfolg gemeinsamer Anstrengungen

5 - 6

Der Süden - Italiens offene Wunde

91

Auch ein Erdbeben kann politisch verwertet werden.
Von unserer Korrespondentin in Rom, France Magnani

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Die Einnahmeseite 1963

Von Heinrich Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Die Bundesregierung wird sich klar darüber sein, daß es nicht möglich ist, den Ländern gegenüber noch einmal dasselbe Spiel zu spielen, das bei der Verabschiedung des Haushalts 1962 gespielt wurde, als der grundsätzlich vorgeschriebene Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben nur durch eine milliardenschwere Einnahmeerwartung ermöglicht wurde, zu deren Erfüllung jede gesetzliche Voraussetzung fehlte. Die Ländervertretungen, durchaus guten Willens, mußten zunächst Nachtragshaushalte aufstellen und von ihren Landtagen verabschieden lassen, damit der Ausgleich wirklich zustande kam. Die Bundesregierung kann es weder den Ländern noch dem Bundestag zumuten, für 1963 in gleicher Weise zu verfahren und ist damit gezwungen, noch vor der endgültigen Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1963 mit den Ländern zu verhandeln. Eine einfache Forderung auf Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter den obwaltenden Umständen nicht genügen, um die Länder davon zu überzeugen, daß es keinen anderen Weg gibt.

Seit seinem Bestehen hat der Bund, der hauptsächlich immer von der gleichen Mehrheit regiert wurde, den Ländern die Fürsorge für die Gemeindehaushalte überlassen. Nur eine sorgfältige Meisterung der Finanzaufgaben der Länder hat es ermöglicht, den Gemeinden die erforderlichen Mittel zuzuwenden. Das Dotationssystem, das zwischen den Ländern und Gemeinden gehandhabt wird, ist grundsätzlich abzulehnen. Erforderlich ist die endliche Beschaffung der finanzpolitischen Selbstverantwortung der Gemeinden. Wenn aber den Ländern durch die Bescheidung ihrer Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer die Möglichkeit genommen wird, den Gemeinden ausreichend zu helfen, dann bestätigt sich wieder einmal die Wahrheit des alten Satzes, daß den Letzter die Hände beißen.

Man kann - um ein Beispiel herauszugreifen - die verkehrspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinde, deren Dring-

lichkeit wahrhaft nicht geleugnet werden kann, nicht unter der Kürzung der Ländereinnahmen zugunsten der Weitergewährung von Subventionen aus dem Bundeshaushalt und einer volkswirtschaftlich kaum noch vertretbaren weiteren Steigerung der Verteidigungsausgaben leiden lassen. Haushaltstechnisch gesehen ist es unmöglich, ohne Klarstellung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern mit Einnahmeerwartungen zu operieren, die keine gesetzliche Grundlage haben. Das bedeutet, daß eine Verständigung zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen und ihrer Parlamente vorausgehen muß, ehe der Etatentwurf der Bundesregierung endgültig fixiert werden kann.

Diese Tatsache zeigt, in wie unverantwortlicher Weise die Verabschiedung des Regierungsentwurfs für den Haushalt 1963 durch Unklarheiten in der Willensgestaltung der Bundesregierung hinausgezögert wurde. Es handelt sich bei der Sicherung des Ausgleichs des Bundeshaushalts nicht nur um den Bundeshaushalt selbst, sondern auch um die Länderhaushalte und um die Gemeindefinanzgebarung. Es handelt sich darüber hinaus um die Klarstellung, daß bei der dringenden Revision der Steuergesetze nicht weiterhin noch die Belastung der Massen zugunsten einer Entlastung leistungsfähiger Kreise fortgesetzt wird.

Schließlich handelt es sich bei der Gestaltung der Einnahmeseite auch um die endliche Sicherung einer wirtschaftspolitischen Entwicklung, die von der Preisseite her in Angriff genommen werden muß, um in den öffentlichen Haushalten zu jener Entlastung beizutragen, die solange nicht möglich ist, als die Bundesregierung nicht die Kraft aufbringt, den fortgesetzten Preissteigerungen zu begegnen, die in vielfacher Hinsicht und unausweichlich auch die öffentlichen Haushalte belasten.

Ob die jetzige Bundesregierung den Willen, die Kraft und den Mut hat, unter Wahrung selbstverständlicher sozialpolitischer Gesichtspunkte dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß bis zum Beweis des Gegenteils angezweifelt werden.

Preisrat

sp. Das Wort Inflation hat einen schrecklichen Klang und ruft böse Erinnerungen bei jenen hervor, die zweimal in ihrem Leben die Entwertung des Geldes erlebten. Die seit 1950 eingetretene Entwertung der D-Mark gibt zu Befürchtungen, daß es wieder zur Inflation kommen könnte oder müßte, freilich keinen Anlass. Im Vergleich zu anderen Währungen in den westlichen Industriestaaten kann sich die D-Mark immer noch sehen lassen, sie behauptet ihren Ruf, eine der härtesten Währungen der Welt zu sein, immer noch. Die Preisentwicklung hat allerdings ein Ausmaß angenommen, das beunruhigen muß. Im Laufe allein des letzten Jahres ist das Leben in der Bundesrepublik Deutschland um fünf Prozent teurer geworden und hat damit auf vielen Gebieten die Lohn- und Gehaltserhöhung illusorisch gemacht. Ist nun die Bundesregierung entschlossen, dieser Entwicklung mit all ihren Gefahren Einhalt zu bieten?

Die deutsche Sozialdemokratie hat schon in ihrem Regierungsprogramm, das im April vergangenen Jahres von Willy Brandt verkündet worden war, die Einsetzung eines mit Autorität ausgestatteten Preisrates gefordert, der zwar keine Preise festsetzt, aber dem Verbraucher helfen soll, sich ein Urteil über Güte und Preise der Waren zu bilden. Bemühungen in dieser Richtung unterstützen und, falls notwendig, der Bundesregierung Vorschläge zum Schutze des Verbrauchers machen soll. Heinrich von Brentano, der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, hat diese Idee aufgegriffen und sie als Wunsch seiner Fraktion vor der Presse bekanntgegeben. Als größte Regierungspartei ist die CDU/CSU mit ihrer Bundestagsfraktion wohl in der Lage, ihren Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Bevölkerung verlangt durchgreifende, die verhängnisvolle Lohn-Preisspirale eindämmende Maßnahmen; von Maßhaltungsappellen, von denen selbst Bundeswirtschaftsminister Erhard sagen mußte, sie seien wirkungslos geblieben, hat sie genug. Die Bundesregierung ließ allzu lange die Zügel schleifen, ihre Führungselosigkeit in der Wirtschaftspolitik machte sich peinlich bemerkbar und hatte ungute Auswirkungen.

Ist die Bundesregierung wirklich gewillt, ihre ganze Kraft für die Bekämpfung der Preisentwicklung einzusetzen, wird sie dabei die volle Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten finden. Die Spitzengremien dieser Partei haben auf ihrer letzten Tagung ein ganzes Bündel von Vorschlägen in die gegenwärtige wirtschaftspolitische Diskussion geworfen. Sie orientieren sich am Möglichen und Notwendigen. Für die Sicherung eines stabilen Preisniveaus ist die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand für jene Erzeugnisse unerlässlich, deren Preise offensichtlich überhöht sind und bei denen nicht ernstlich kulturpolitische, gesundheitspolitische oder sonstige übergeordnete Gründe des Gemeinwohls für die Preisbildung geltend gemacht werden können. Wer kann sich mit guten Gründen gegen eine solche vernünftige Regelung sperren? Allerdings berührt sie die Interessen und den Eigennutz mächtiger Gruppen, deren Einfluss weit in das vierte Kabinett Adenauer hineinreicht.

Die Preispolitik marktbeherrschender Monopole verlangt geradezu eine öffentliche Durchleuchtung. Das bestehende Kartellamt wurde ausdrücklich dafür geschaffen, aber seine derzeitigen Befugnisse sind

nicht so, daß sie zu entscheidenden Ergebnissen hätten führen können. Hier bietet sich die Einrichtung einer unabhängigen Monopolkommission an, die das Recht und die Pflicht hat, alle Wirtschaftszweige, in denen die Gefahr der Vorherrschaft mächtiger Großunternehmen besteht, im öffentlichen Verfahren einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen und deren Resultat dem Bundeskartellamt und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. In anderen Ländern, wie etwa in den Vereinigten Staaten, sind solche Kommissionen mit Erfolg wirksam. Aber auch hier ergibt sich die Gretchenfrage, ob diese Regierung die politische Kraft besitzt, dem Druck der Monopole zu widerstehen. Das erste Jahr der vierten Legislaturperiode des Kabinetts Adenauer lieferte in dieser Richtung erschütternde Beispiele von Hilflosigkeit.

+ +

Bonn und Washington

sp - Das Bonner Auswärtige Amt ist bestürzt. Was Botschafter Grewe mit seinem Interview anlässlich seines Weggangs an Schaden angerichtet hat, läßt sich nicht übersehen. Sein Nachfolger Knappstein tritt einen schweren Gang an. Die bekanntgewordenen Indiskretionen aus den Sitzungsprotokollen des Botschafter-Lenkungsausschusses in Washington vermehren das Übel. Der Sprecher der Bundesregierung sieht sich genötigt, am laufenden Band Dementis abzugeben. Er ist in keiner beneidenswerten Lage, beneidenswert ist aber auch nicht - und das wiegt viel schwerer - der gegenwärtige Tiefstand der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Statt Politik zu gestalten, muß das Auswärtige Amt seine Energien für langwierige und unerfreuliche Untersuchungen verschwenden. Wie konnte es nur so weit kommen?

Neue Belastungen des Bonner Verhältnisses zu Washington sind nicht mehr zu ertragen. Möge es Wirtschaftsminister Erhard, der morgen nach Washington fliegt, und Außenminister Schröder, der seine USA-Reise im Oktober antreten will, gelingen, in Gesprächen mit Kennedy der Horizont wieder aufzuhehlen. Die Bonner Politik muß frei bleiben von allen Zweideutigkeiten und Verdächtigungen. Mit verbalen Versicherungen, alles sei ja in Ordnung, es handele sich um alte Kakellen, ist es nicht getan, sie klingen nach Beschwichtigungsversuchen, denen die Überzeugungskraft fehlt.

Der "Goldene Plan" wird Wirklichkeit

W.P. Der "Goldene Plan" für Gesundheit, Spiel und Erholung, mit dem die Deutsche Olympische Gesellschaft im Juni 1960 an die Öffentlichkeit trat, hat in seltener Einmütigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden zu großen gemeinsamen Anstrengungen geführt. Die verstärkte Errichtung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen als Voraussetzung für die Gesundheit und Gesunderhaltung unseres Volkes wurde als gemeinsames Anliegen erkannt und als eine Art Gemeinschaftsaufgabe in Angriff genommen. Dieser Tage stellte der Geschäftsführer der Deutschen Olympischen Gesellschaft, Gert Abelbeck, fest, daß die Anstrengungen der Jahre 1960 und 1961 bereits zu ermutigenden Ergebnissen geführt hätten: 1 560 Gymnastik- und Turnhallen seien gebaut worden, 292 Freibäder angelegt, 62 große Schwimmhallen und 257 Lehrschwimmbahnen errichtet. Damit seien die im "Goldenen Plan" gesetzten Ziele für diese Zeit fast vollständig erreicht.

Möglich war der grosszügige Bau von Turn- und Sportanlagen aber nur, weil vor allem in den Bundesländern und Gemeinden im Dienste an der Volks-gesundheit grosse Anstrengungen unternommen worden sind. Es ist bemerkenswert, dass Länder wie Hessen, Bremen, Hamburg sowie das Saarland in diesem Jahre 100 Prozent, Hessen sogar 110 Prozent der geplanten Mittel für die Ziele des "Goldenen Plans" bereitstellen, und dass die Gemeinden das ihnen zugeordnete Jahresoll nahezu erreicht haben. Die letzte Tatsache ist umso höher zu bewerten, als die Gemeinden neben einem Teil der Baukosten das Grundstück zu beschaffen und die Unterhaltungskosten zu tragen haben.

Mehr als bisher hätte vom Bund getan werden können. Er erhöhte seine Zuschüsse von 10 Millionen DM im Jahre 1960 auf 20 Millionen DM im Jahre 1961 und 30 Millionen DM in diesem Jahr. Nach dem "Goldenen Plan" waren für 1961 30 Millionen DM und für dieses Jahr 50 Millionen DM vorgesehen, bis 1964 ein jährlicher Zuschuss von 84 Millionen DM erreicht wird. Abelbeck vermerkt an dieser Stelle, "die bisherige zögernde Haltung des Kabinetts" lasse kaum eine Erfüllung des Versprechens erwarten. Versprechen? Bundeskanzler Adenauer hatte bereits Ende 1960 vor der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU erklärt, man könne in dieser nervenaufreibenden Zeit zur Erholung für unsere Kinder und Bürger gar nicht genug tun. Und er fügte hinzu, er habe Herrn Damm und seinen Freunden vom Deutschen Sportbund versichert, daß die Bundesregierung der "Goldenen Plan" des Sports unterstützen werde. Bei unzureichender Mitteln ist es dann bisher geblieben.

Daß dem "Goldenen Plan" ein erfolgreicher Anfang beschieden war, ist weitgehend auch den Anstrengungen der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken, die auf zahlreichen Fachkonferenzen die Ziele der Olympischen Gesellschaft bejahte und sich überall, wo sie die Verantwortung trug, tatkräftig für ihre Verwirklichung einsetzte. Die SPD ist der Auffassung, daß auch die Bundesregierung ihr gegebenes Versprechen wahr-machen und auch vom Bund her mehr als bisher helfen sollte, die Ziele des "Goldenen Plans" in der vorgesehenen Zeit zu verwirklichen.

Der Süden - Italiens offene Wunde

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Zehntausende von Menschen sind durch ein starkes Erdbeben in bestimmten Gegenden Süditaliens obdachlos geworden. Über dem Erdbebengebiet liegt immer noch der drückende Schatten der Angst. Die Tragödie erreichte ihren Höhepunkt außerhalb der großen Zentren - in der Provinz von Avellino. Dort sind in 19 Gemeinden 80 Prozent der Behausungen völlig unbewohnbar geworden.

Immer, wenn ein Unglück über Süditalien hereinbricht, wird die "Mezzogiorno" zum Mittelpunkt der politischen Diskussion. Der Süden Italiens ist heute noch, hundert Jahre nach der Einheit des italienischen Staates, das Stiefkind des Landes. Die Industrialisierung hat vorerst nur sehr kleine und ganz bestimmte Gebiete zu ändern vermocht, der größte Teil des Landes ist vom Fortschritt unberührt geblieben. Es sieht so aus, als brauche es von Zeit zu Zeit ein Unglück - das sich im Süden unweigerlich in eine Tragödie verwandelt - damit das übrige Italien aufhorche und die tragische Realität des Südens in ihrem wahren Umfang erfasse. Überschwemmungen, Erdbeben und Krankheits-epidemien - nichts ist dem Süden erspart geblieben. Kann wirklich stets "il destino" - das Schicksal - dieses immer wiederkehrende Wort in der Ausdrucksweise des Südländers dafür verantwortlich gemacht werden?

"Gesetze macht, wer stark ist"

Neben dem Analphabetismus, dem Schulproblem, der Industrialisierung usw. kennt der Süden auch das Problem einer "Urbanistik für Erdbeben". Nach Kriegsende hat man es auch hier unterlassen, nach einer bestimmten Planung zu bauen. Außerhalb der Provinzzentren der vom Erdbeben heimgesuchten Gegenden ist sehr wenig gebaut worden; die Häuser sind fast alle uralt und unsicher, die Ziegelsteine oft nur locker aufeinandergelegt, das Fundament liegt nicht tief genug oder fehlt sogar.

In den Provinzzentren dagegen ist in den letzten Jahrzehnten fieberhaft gebaut worden. Es heißt, daß der Umkreis der Stadt Avellino sich in wenigen Jahren verdoppelt oder verdreifacht habe. Zum großen Teil sind es - wie in übrigen Italien - massive, große fünf- oder sechsstöckige Betonbauten. Diese Bauweise ist sinnlos in einer Gegend, die in einem Jahrhundert fünf ernsthafte Erdbeben registrieren mußte. Daraus ergibt sich, daß die neuen sowie die alten Bauten den betreffenden Gebieten nicht angepaßt sind: Die alten Bauten sind niedrig, aber schlecht gebaut, die neuen sind gut gebaut, aber viel zu hoch. Mit einem entsprechenden Baugesetz ist es aber allein nicht getan, wenn es nicht von allen beachtet und geachtet wird. Die Leute dort sind im Laufe der Jahrhunderte durch Erfahrungen skeptisch und mißtrauisch geworden. Sie glauben nicht mehr an Gesetze, die für alle gleich sind. Sie protestieren auch kaum mehr. "Das Gesetz macht der, der stark ist", sagen sie.

Was Journalisten entdeckten

Die staatliche Hilfsaktion für die Erdbebenopfer ist mit unerklärlicher und auch unverzeihlicher Langsamkeit in Gang gesetzt worden und war organisatorisch völlig mangelhaft und unzulänglich. Auch das Parlament mußte sich damit befassen. In Ariano und Montecalvo haben die Obdachlosen drei Tage lang auf eine Decke warten müssen. Dafür fuhren zahlreiche politische Persönlichkeiten in den Süden, um ihre Solidarität zu bekunden. Auch viele Journalisten zogen südwärts, und erstaunlicherweise scheinen einige von ihnen den wahren Sachverhalt der südlichen Misere erst jetzt erfasst zu haben.

Sie entdeckten plötzlich, daß die Statistiken über das Wirtschaftswunder, das auch bestimmte begrenzte Gegenden des Südens erfaßt hat, höchst illusorisch sind. Nirgends so wie im Süden wird der Beobachter an jene Statistik-Definition erinnert, laut der eine Anzahl Menschen, die wöchentlich zwei Hühner, und eine weitere Anzahl, die keine essen, eine Anzahl Menschen ergibt, die wöchentlich ein Huhn verspeisen! Es bleibt eine unabänderliche Tatsache, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Provinz Avellino 21.000 Lire jährlich beträgt (rund 300.-- DM), und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Irpinia-Gegend (Provinz Avellino) 80.000 Lire (rund 550.--DM). Der Analphabetismus hat noch immer tiefe Wurzeln. Zwanzig Prozent der Hausbesitzer von Casalbore (nicht der Bevölkerung!) "unterschreiben" ihren Namen mit einem Kreuz!

Parteinpolitischer Mißbrauch

Auch die konservative Presse des Landes ist über diese von niemandem abgestrittener Zustände verblüfft, erschüttert, entsetzt. Die Gelegenheit scheint ihr sehr willkommen, um das Programm des linken Zentrums anzugreifen und der Regierung - der sozial aufgeschlossenen, die das Land seit über einem Jahrzehnt hat - unter anderem die Verstaatlichung der Elektroindustrie vorzuwerfen. Für diese Verstaatlichung wird der italienische Staat eine Schuld von ungefähr 500 Milliarden Lire eingehen müssen. Nach der Meinung der Rechtskreise könne es sich das Land nicht leisten, in einem Augenblick, in dem man dringend Gelder für einen organischen Bauplan der südlichen Erdbeben-gegenden benötige, eine solche Summe für die Verstaatlichung der Elektroindustrie zu "verschwenden". Die Regierung des linken Zentrums ist der Rechten - innerhalb und außerhalb der eigenen Christdemokratischen Partei - ein Dorn im Auge geblieben. In gewissen Kreisen der Hauptstadt wird bereits die Möglichkeit erwogen, eine Regierungskrise vor den politischen Wahlen (im Frühjahr 1963) auszulösen.

Wie dem auch sei, die politische Taktik der Parteien kommt und geht, namentlich, wenn sich Wahlen nähern. Aber von dem Mangel und den Hungerlöhnen Süditaliens wird noch lange die Rede sein, denn die Not bestimmter südlicher Gebiete ist zu tief verwurzelt, als daß irgendein Wirtschaftswunder sie schnell beseitigen könnte. Nur eine stabile, sozial aufgeschlossene demokratische Regierung könnte diese Aufgabe mit der Zeit lösen. Diese Zustände haben so lange gedauert, daß selbst die Leute dort unten im Süden glauben, das Unglück sei irgendwie mit der geschichtlichen Tradition ihrer Erde verknüpft.